

# „Es ist Licht am Ende des Tunnels“

**INTERVIEW:** Lieferengpässe machen der boomenden Fahrrad-Branche zu schaffen. Benjamin Doll verantwortet den Einkauf bei der MTS Group mit Sitz in Rülzheim, zu der unter anderem die Fahrradmarke Fischer gehört. Im Interview mit Michelle Pfeifer erklärt er, welche Teile besonders schwer zu kriegen sind und wohin der Trend bei den Rädern geht.

**Herr Doll, Lieferengpässe und der Mangel von Ersatzteilen machen der Fahrradbranche derzeit stark zu schaffen. Wie erleben Sie die Situation?**

Ich würde es in Jahreszahlen unterteilen, denn die Situation hat sich ein bisschen geändert. Wir hatten 2020/21 und auch für die Saison '22 in der Tat massive Probleme in der Lieferkette. Die Hintergründe sind klar: es gibt einen riesigen Boom, eine riesige Nachfrage, die einfach in der kurzen Zeit nicht gestillt werden konnte. Hinzu kommen die Logistikprobleme, die die ganze Welt hat, vor allem mit der Ausfuhr aus China heraus. Für 2023 sehen wir eine leichte Entspannung. Sprich: Wir sind Stand heute frohen Mutes, dass wir mit unseren '23er-Modellen relativ zeitnah und im ersten Quartal 2023 starten können. Es wird von Rad zu Rad ein bisschen unterschiedlich sein, aber es ist Licht am Ende des Tunnels. Normalität erwarten wir erst wieder 2024.

**Können Sie erklären, wie diese Lieferengpässe zustande kommen?**

Die Lieferengpässe kommen im Prinzip dadurch zustande, dass der E-Bike-Bereich extrem boomt. Was mit sich bringt, dass nicht nur wir, die Marke Fischer, sondern auch all unsere Marktgleiter extreme Mengensteigerungen haben oder zumindest größere Mengen bestellt haben. Dadurch sind die Kapazitäten in den Produktionen – und bei vielen Teilen führt der Weg immer wieder zurück zum gleichen Hersteller – dermaßen überlastet. Sie können in der kurzen Zeit gar nicht ausgebaut werden. Sprich: Es gibt eine limitierte Kapazität an Komponenten, die auf eine extrem hohe Nachfrage stößt. Daraus resultieren extrem hohe Verzögerungen.

**Gibt es etwas, was gerade besonders schwer zu kriegen ist?**

Bei ganz vielen Komponenten wie zum Beispiel Bremsen oder Schaltwerken ist es nun mal so, dass es nur eine limitierte Anzahl von Herstellern auf der Welt gibt. Für gewisse Preisbereiche gibt es teilweise sogar nur einen oder zwei. Deswegen würde ich behaupten, dass wir überall dort, wo es um Bremsen und Schaltungen



Benjamin Doll. FOTO: MTS GROUP

geht, ein extremeres Problem haben. Da reichen die Kapazitäten bei den Herstellern nicht aus.

**Bedeutet dies, dass Ihre Kunden länger auf ein bestelltes Fahrrad warten müssen? Von welcher Zeitspanne sprechen wir?**

Das hatten wir in der Tat in den letzten zwei Jahren. Je nach Ausstattung waren die Lieferzeiten teilweise deutlich verlängert. Wir sprechen da sicherlich teilweise von einer Dauer von bis zu einem halben/dreiviertel Jahr bis gewisse Räder am Lager waren. Aktuell haben wir Räder auf Lager. Wir empfehlen dennoch, wer derzeit ein Rad möchte, ein Rad sieht, sollte es direkt kaufen. Wir wissen nicht, was morgen ist. Wir gehen aber davon aus, dass sich die Lieferketten normalisieren und somit auch die Lieferzeiten und vor allem die Verfügbarkeiten der gewünschten Räder wieder in einem kürzeren Intervall möglich sind. Wir sind natürlich auch stark daran interessiert, dass wir Bestände aufbauen, um die Kunden rechtzeitig bedienen zu können.

**Haben die Kunden dafür Verständnis, wenn sie warten müssen?**

Ich glaube, das hat sich ein bisschen geändert. Zu Beginn war das ein großes Thema. Klar, jeder wollte mit dem Boom mitgehen, wollte sofort ein E-Bike haben. Dann ist das Verständnis vielleicht etwas geringer, wenn man lange warten muss. Das betrifft aber die ganze Branche, nicht nur die Marke Fischer. Mittlerweile ist es glaube ich auch bekannt, dass man auf ein E-Bike ein paar Tage warten muss.

**Welche Räder oder Modelle sind denn besonders beliebt?**



Fischer war in diesem Jahr auch auf der Fahrradmesse Eurobike in Frankfurt vertreten. FOTO: MTS GROUP/GRATIS

Der Trend geht klar zu einem SUV-Bike. Das ist im Prinzip eine Mischung aus einem Trekking- und einem Mountain-Bike. Mit diesen Rädern ist man extrem flexibel. Sprich: Man kann eine schöne Tour auf der Straße fahren, kann aber auch mal über einen Schotterweg fahren, ohne dass der Komfort darunter leidet. Ich würde behaupten, der Trend geht eher in Richtung sportivere Fahrräder und zu etwas stylischeren Produkten. Wenn wir uns mal zurückerkennen, vor zehn Jahren waren die ersten E-Bikes allesamt Cityräder mit Tiefenstiel. Dieser Trend hat sich gewandelt.

**Hat das etwas damit zu tun, dass mehr jüngere Menschen E-Bike fahren wollen?**

Das Durchschnittsalter der E-Bikefahrer hat sich in der Tat etwas gedreht. Zu Beginn waren E-Bikes eher etwas für eine ältere Zielgruppe, weil es einfach ein Komfortthema war und man wieder mobil wurde. Mittler-

weile ist das E-Bike eher Trend und hip und damit geht natürlich auch das Alter der Zielgruppe stark nach unten. Man sieht immer mehr jüngere Leute mit E-Bikes. Daraus resultiert sicherlich auch verstärkt der Run auf sportivere Räder.

**Sie haben ja auch einen Werksverkauf in Landau, der zwei Mal im Monat stattfindet. Wie ist die Nachfrage dort zurzeit?**

Der Werksverkauf in Landau wird extrem gut angenommen. Auch da merken wir den Trend zu sportiveren, hippen, moderneren Rädern. Viele Kunden nutzen das Angebot, weil man auch einfach noch eine Beratung hat. Wir haben unsere eigene Werkstatt-Crew in Landau, die mit Rat und Tat zur Seite steht.

**Fährt bald jeder E-Bike? Kann man davon ausgehen?**

Ich glaube, das ist eine Einstellungsfrage. Es gibt immer noch Leute, die

sagen: Nein, mit Motor fahre ich nicht. Punkt. Aber der Trend beziehungsweise die Anzahl an Rädern, die verkauft wird und der prozentuale Anteil der E-Bikes, der nimmt jedes Jahr zu. Wir werden wahrscheinlich nicht erleben, dass jeder Mensch in Deutschland ein E-Bike fährt. Dafür gibt es einfach auch viele Idealisten, die auf den Motor nach wie vor gerne verzichten. Aber natürlich nimmt die Anzahl zu, die Käuferschichten werden mehr und mehr. Der Trend wird anhalten. Aber dass es nur noch E-Bikes gibt, ich glaube, das werden wir nicht mehr erleben beziehungsweise kommt auch ein bisschen auf den Einsatzzeitpunkt an. Ein Rennradfahrer wird nie mit Motor fahren.

**Wir erleben derzeit die höchste Inflation seit 40 Jahren. Haben Sie Sorge, dass sich das auch auf Ihr Geschäft auswirkt, weil die Menschen jetzt vielleicht eher sparen wollen?**

Es gibt eine gesamtgesellschaftliche

## INFO

### Fischer und MTS Group

Die Fahrradmarke Fischer wurde 1949 von Alfred Fischer gegründet. 2010 übernahm die Inter-Union Techno-Handel GmbH die Markenrechte, die diese seitdem unter dem Dach der MTS Group weiterführt. Die Unternehmensgruppe hat ihren Hauptsitz in Rülzheim und weitere Standorte in der Schweiz, in Polen und in Hongkong. Die MTS Group beschäftigt nach eigenen Angaben 650 bis 700 Mitarbeiter und hat im vergangenen Jahr einen Umsatz von etwa 400 Millionen Euro erzielt. Zu dem Markenartikler gehören neben der Marke Fischer, die sich seit 2012 auf E-Bikes spezialisiert hat, unter anderem auch die Marken Nigrin, Cartrend und Unitec. |jpf

Situation, die wir sicherlich in Betracht ziehen müssen, und die wir nicht ändern können. Die wir auch nicht beeinflussen können und die getrieben ist von Unsicherheiten durch Inflation, durch einen Krieg in Mitteleuropa, durch eine Energiekrise, die vielleicht auf uns zukommt. Wir spüren da sicherlich eine Kaufzurückhaltung. Aber wir gehen stark davon aus, dass wir auch in den kommenden Jahren das Thema ausbauen werden, der Boom beim E-Bike oder beim Bike als solches wird fortgeführt. Alleine schon durch den Generationenwechsel beim Nutzer und natürlich durch den Druck, der auf dem Automobilen Markt kommen wird. Aufgrund der Verbannung von Verbrennern et cetera, wird der Run aufs Bike sicherlich hoch bleiben. Im internen Sprachgebrauch sagen wir, dass es dieses Jahr eine Delle gibt. Aber die ist gesamtwirtschaftlich getrieben. Branchenunabhängig hoffen wir glaube ich alle, dass wir die Probleme, die es da auf der Welt gibt, schnellstmöglich lösen. Und dann sehen wir absolut positiv in die Zukunft – besonders was das Thema Zweirad angeht.

## IM NETZ

Eine ausführlichere Version des Interviews mit weiteren Detailinformationen finden Sie online unter [www.rheinpfalz.de](http://www.rheinpfalz.de)

## Tchibo: Geschäft in Russland beendet

**HAMBURG.** Der führende deutsche Kaffeeröster Tchibo hat sein Russlandgeschäft wegen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine vollständig aufgegeben.

Die dortige Gesellschaft sei bereits Anfang Juli verkauft worden, sagte ein Sprecher am Freitag in Hamburg. Das Unternehmen habe in Russland ausschließlich Kaffeeprodukte angeboten und schon zu Beginn des Krieges Ende Februar die Belieferung mit Kaffee eingestellt. „Das Rösten von Tchibo Kaffee bei einem Lohnfertiger in Russland wurde beendet und sämtliche Marketingaktivitäten sowie die Onlinepräsenz gestoppt“, so das Unternehmen. |dpa

## Lego siegt im Rechtsstreit um Mini-Figuren

Gericht untersagt Paderborner Spielwarenhändler Verkauf chinesischer Konkurrenzprodukte

**DÜSSELDORF.** Der Spielwarenhersteller Lego hat im Kampf gegen chinesische Kopien seiner Mini-Figuren einen juristischen Erfolg errungen.

Das Düsseldorf Landgericht untersagte am Freitag einem Paderborner Spielwarenhändler den Verkauf von bestimmten Konkurrenzprodukten aus China, weil deren Gestaltung die Markenrechte des dänischen Unternehmens verletze.

Der Vorsitzende Richter der 8. Kammer für Handelssachen am Landgericht Düsseldorf, Wilko Seifert, sag-

te, die umstrittenen Spielfiguren wiesen zwar allesamt einige formale Unterschiede zu den Lego-Produkten auf. Doch der Gesamteindruck der Figuren liege in allen Fällen zu nahe am markenrechtlich geschützten Lego-Produkt. Wichtig für das Markenrecht sei, wie ein Durchschnittsverbraucher das Produkt wahrnehme – und der vergliche nicht Details, sondern das Gesamtbild.

Das Urteil untersagt dem Paderborner Händler, der die Spielfiguren chinesischer Hersteller vertrieben hatte, den weiteren Verkauf der Produkte und verpflichtet ihn, Lego Auskunft

über die bereits verkauften Mengen zu geben. Außerdem muss er alle noch vorhandenen, von dem Urteil betroffenen Produkte an das dänische Unternehmen herausgeben.

Der Händler verkauft seit drei Jahren in seinem Laden und einem Onlineshop Produkte von Lego-Konkurrenten – meist aus China. Auf seiner Website wirbt er: „Es gibt gute und günstige Alternativen zum Marktführer. Die Klemmbausteine dieser Hersteller sind zu 100 Prozent kompatibel mit den gängigen Bauklötzchen, bieten aber eine noch größere Vielfalt.“

Der Streit mit dem dänischen Spielzeuggiganten, der weltweit im vergangenen Jahr 7 Milliarden Euro umsetzte, entzündete sich allerdings an einigen Spielfiguren, die in den Sets der Lego-Konkurrenten enthalten waren.

Lego hatte sich die dreidimensionale Darstellung der bekannten Spielzeug-Figur mit und ohne Noppe auf dem Kopf bereits im Jahr 2000 europaweit schützen lassen. Der Paderborner Händler beteuerte vor Gericht, er habe bewusst darauf geachtet, dass die von ihm verkauften Figuren die Marke nicht verletzen. |dpa

## Klimaanlage: Strafe wegen offener Tür

**PARIS.** In Paris muss ein Geschäft im Zentrum eine Strafe zahlen, weil es bei laufender Klimaanlage die Tür dauerhaft geöffnet hatte. In der französischen Hauptstadt gilt seit 25. Juli eine Energiesparverordnung, wonach Geschäfte und Dienstleistungsbetriebe Türen und Fenster geschlossen halten müssen, wenn gleichzeitig die Klimaanlage läuft. Die Polizei überwacht die Einhaltung. Wer dagegen verstößt, muss bis zu 150 Euro Strafe zahlen. Die Patrouillen begannen am Mittwoch in der vornehmen Rue de Rivoli. Die Stadtverwaltung betonte aber, die Verordnung gelte für alle Stadtviertel. Zuvor seien die Einzelhändler informiert worden. |jpf

## In öffentlichen Gebäuden wird es kälter

Wirtschaftsminister Robert Habeck dringt aufs Sparen und will dabei auch den Staat und seine Mitarbeiter in die Pflicht nehmen

**BERLIN.** Öffentliche Gebäude sollen wegen der Energiekrise mit Beginn der Heizperiode nur noch auf höchstens 19 Grad geheizt werden dürfen. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck kündigte vor dem Hintergrund gedrosselter russischer Gaslieferungen eine Verordnung zum Energiesparen an.

„Wir werden über das Energiesicherungsgesetz Verordnungen erlassen“, sagte Habeck in einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“. Krankenhäuser und soziale Einrichtungen sollten ausgenommen werden. Zudem sollten Gebäude und Denkmäler nachts nicht mehr angestrahlt und Werbeanlagen nicht beleuchtet werden, sagte der Grünen-Politiker. „Auch in der Arbeitswelt sind mehr Einsparungen nötig.“ Darüber werde gerade mit dem Arbeitsministerium und den Sozialpartnern gesprochen.

Im Juli hatte Habeck Eckpunkte eines neuen Energiesicherungspakets vorgelegt. Darin hieß es, es sei wichtig, dass der Gasverbrauch auch in Betrieben, Bürogebäuden und privaten Haushalten sinke. Dazu plane das Wirtschaftsministerium in enger Abstimmung mit anderen Ressorts der Bundesregierung zusätzliche Ener-

gie- und Effizienzmaßnahmen auf der Grundlage des Energiesicherungsgesetzes.

Damit der Energieverbrauch sinke, sei es sinnvoll, Räume, in denen man sich nicht regelmäßig aufhält, etwa Flure, große Hallen, Foyers oder Technikräume, nicht mehr zu heizen – außer, es gebe dafür sicherheitstechnische Anforderungen. Für öffentliche Einrichtungen und Bürogebäude solle das im Zuge von Verordnungen geregelt werden. Für diese Maßnahme sei eine Laufzeit von sechs Monaten vorgesehen.

Weiter hieß es, das Ministerium werde mit den Sozialpartnern über weitere Einsparmöglichkeiten im Arbeits- und Betriebsbereich sprechen. Zudem solle es künftig untersagt werden, dass Hausbesitzer private Pools mit Gas beheizen.

In einem früheren Entwurf des Notfallplans der EU-Kommission war vorgesehen, dass öffentliche Gebäude, Büros und kommerzielle Gebäude bis maximal 19 Grad beheizt und mit Klimaanlage auf nicht weniger als 25 Grad heruntergekühlt werden sollen. Dies fand sich aber in den präsentierten Vorschlägen nicht mehr.

Mindesttemperaturen in Arbeitsräumen sind in Deutschland in einer

sogenannten Technischen Regel für Arbeitsstätten geregelt. Demnach liegen die Mindestwerte der Lufttemperatur je nach Schwere der Arbeit zwischen zwölf und 20 Grad. Die zwölf Grad gelten für schwere körperliche Arbeiten. Für weniger schwere Arbeiten gelten Werte von 17 bis 20 Grad. In Pausen-, Bereitschafts-, Sanitär-, Kantine- und Erste-Hilfe-Räumen muss während der Nutzungsdauer eine Temperatur von mindestens 21 Grad herrschen.

Die Debatte über Entlastungen der Bürgerinnen und Bürger wegen stark steigender Energiepreise dauert an. An diesem Montag wird die Höhe der staatlichen Gasumlage bekanntgegeben. Das Wirtschaftsministerium ging zuletzt von einer Spanne von 1,5 bis 5 Cent je Kilowattstunde aus. Das würde erhebliche Mehrkosten für Kunden bedeuten. Habeck hatte gesagt, er rechne mit „einigen Hundert Euro pro Haushalt“.

Die Umlage soll Gasversorgern zugute kommen, die zu hohen Preisen Ersatz für ausbleibende, günstigere russische Gasemengen kaufen müssen, diese Kosten aber zunächst nicht an Kunden weiterreichen können.

Die Frage, ob auf die staatliche Gasumlage die Mehrwertsteuer fällig

wird, ist weiter ungeklärt. Eine Sprecherin von Finanzminister Christian Lindner (FDP) sagte am Freitag, man arbeite auf Hochtouren an einer Lösung der Frage und sei in einem engen Austausch auch mit der EU-Kommission. Das politische Ziel sei klar. Sowohl Lindner als auch Habeck wollen auf die Steuerbelastung bei der Umlage verzichten. Lindner hatte aber auf europarechtliche Probleme hingewiesen.

Die saarländische Ministerpräsidentin Anke Rehlinger sprach sich dafür aus, Mehrwertsteuereinnahmen aus der künftigen Gasumlage an ärmere Haushalte weiterzugeben. „Wenn es so ist, dass die Mehrwertsteuer auf die Gasumlage rechtlich unumgänglich ist, dann sollten die Einnahmen daraus als monatliches Energiegeld an einkommensschwache Gruppen ausgeschüttet werden“, sagte die SPD-Politikerin den Zeitungen der Funke-Mediengruppe.

Der niedersächsische Energieminister Olaf Lies (SPD) forderte eine Deckelung der Umlage: „Der Bund muss jetzt sehr schnell dafür sorgen, dass die geplante Gasumlage nicht wie geplant komplett und sofort auf die Kunden gewälzt wird“, teilte Lies mit. |dpa



Öffentliche Gebäude sollen wegen der Energiekrise mit Beginn der Heizperiode nur noch auf höchstens 19 Grad geheizt werden dürfen. FOTO: DPA